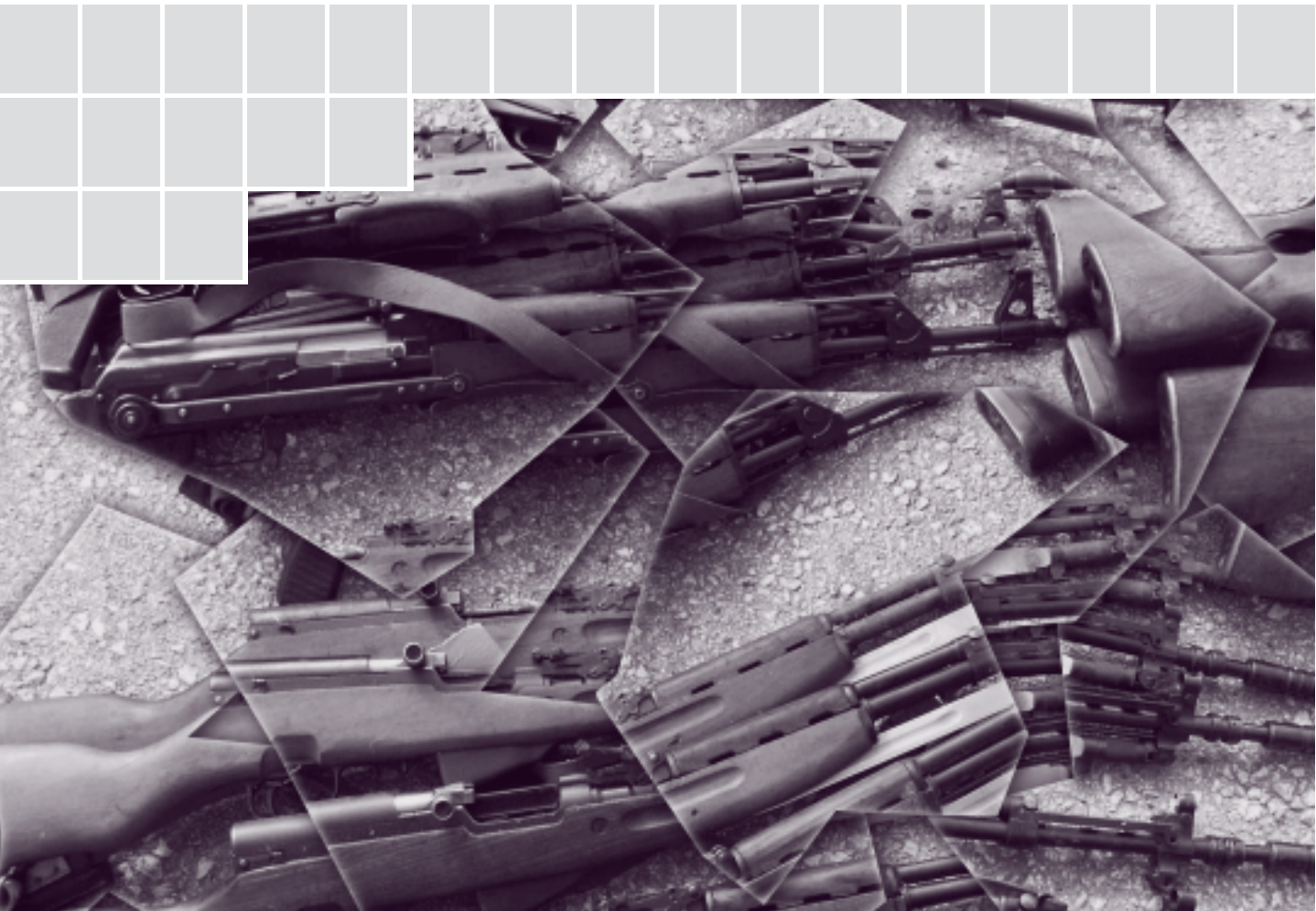


Praxisleitfaden zu Entwaffnungs-,
Demobilisierungs- und Wiederein-
gliederungsprozessen (DD&R-
Prozessen) für Kleinwaffen
und Leichte Waffen



FSC.GAL/79/03/Rev.1/Corr.1

1. Oktober 2003

RESTRICTED

DEUTSCH

Original: ENGLISCH

© 2003. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa besitzt alle Rechte an diesem Werk in Inhalt und Form. Die Vervielfältigung dieses Werks oder einzelner Teile davon in begrenzter Stückzahl zu Studien- oder Forschungszwecken ist gestattet. Alle anderen Anfragen sind an die FSK-Unterstützungsgruppe des Konfliktverhütungszentrums im OSZE-Sekretariat, Kärntner Ring 5-7, A-1010 Wien, Österreich, zu richten.

INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINLEITUNG	2
1.	Ziel	3
2.	Allgemeine Quellen	3
II.	Überblick über die DD&R-Prozesse	4
1.	Definitionen und Funktionen	4
2.	Wesentliche Stufen der DD&R-Programme	5
3.	Wann beginnt DD&R?	6
III.	SALW im DD&R-Kontext	6
1.	Zielsetzung	6
2.	Zielgruppen	7
3.	Entwaffnungsprozess	7
	3.1 Erfassung aller Waffen	7
	3.2 Einsammlung der Waffen	7
	3.3 Lagerung der Waffen	8
	3.4 Vernichtung der Waffen	8
	3.5 Erneute Ausgabe und Verwendung der Waffen	8
	3.6 Abzug der Waffen aus der Zivilgesellschaft	9
	3.7 Freiwillige Waffenabgabe	10
	3.8 Anreizprogramme	10
	3.9 Registrierung der Waffen	11
IV.	Ausbildung für DD&R	12
V.	Evaluierung	13
VI.	Schlussfolgerungen	14

Dieser Leitfaden wurde von der Regierung Schwedens verfasst.
(Alle Bezeichnungen geschlechtsneutral)

I. Einleitung

Seit den 90er Jahren wurde von der internationalen Gemeinschaft zunehmend der Wert von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen (DD&R-Programmen) erkannt. Wiedereingliederungsprogramme, die üblicherweise an die Demobilisierung regulärer und irregulärer Streitkräfte sowie bewaffneter Zivilisten anschließen, gelten heute als wesentlicher Schritt im Entwicklungsprozess und laufen häufig parallel zu Wiederaufbau- und Soforthilfeprogrammen nach einem Krieg oder gehen diesen voraus. Es wurden eigene Programme zur Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten, Guerillakämpfer und Mitglieder anderer bewaffneter Gruppierungen entworfen, die diesen ehemaligen Kombattanten die Chance auf ein zukünftiges Leben als Zivilisten geben sollen.

Auch die Bedeutung von DD&R für Bemühungen zur Bekämpfung der weit verbreiteten Verfügbarkeit illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen (SALW) während und nach Krisensituationen wurde sowohl in den Vereinten Nationen als auch in anderen Gremien anerkannt. Das VN-Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen erwähnt DD&R-Prozesse, während im VN-Sicherheitsrat Friedenserhaltungsmandate oft mit DD&R-Programmen als wesentlichen Elementen ausgestattet werden.

Das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen sieht DD&R-Maßnahmen als wichtig für die Konfliktnachsorge an. Obwohl nur wenige OSZE-Teilnehmerstaaten in ihrem eigenen Hoheitsgebiet Erfahrung mit abgeschlossenen DD&R-Prozessen haben, könnten Angehörige ihres Militärs oder ihre Mitarbeiter der Entwicklungszusammenarbeit bei Auslandsmissionen mit DD&R-Aktivitäten zu tun gehabt haben. Darüber hinaus erachten viele Staaten DD&R als wichtiges und wirksames Instrument, um von Konflikten betroffenen Länder zu helfen, nach einem Krieg zu dauerhaftem Frieden zu gelangen. Daher ist es wichtig, künftiges militärisches und ziviles Personal für die verschiedenen dazu gehörigen Elemente auszubilden.

1. Ziel

Ziel dieses Kapitels ist es, allgemeine Standards für die DD&R-relevanten Prozesse vorzugeben, einschließlich der wesentlichen Schritte, die genau geplant und durchgeführt werden müssen, damit der angestrebte Endzustand, d.h. dauerhafter Frieden und nachhaltige Entwicklung in einer von Krieg zerrütteten Gesellschaft, erreicht wird. Dieser Leitfaden konzentriert sich auf die Entwaffnung und die SALW-Kontrolle bei DD&R-Prozessen.

Der DD&R-Prozess betrifft in allererster Linie ehemalige Kombattanten. Zivilisten und andere Gruppen können im Rahmen eines breiteren Ansatzes zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls in den Prozess einbezogen werden, wenn die Gesellschaft als Ganzes wiederaufgebaut und wiederhergestellt werden muss. Für die Zwecke dieses Dokuments gelten für SALW die Definitionen des OSZE-Dokuments.

2. Allgemeine Quellen

Der Inhalt dieses Kapitels ist eine Bearbeitung von Auszügen aus einem DD&R-Handbuch, das in Kürze von dem Lester B. Pearson Peacekeeping Centre (Kanada), der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, GTZ (Deutschland), Nodefic (Norwegen) und der schwedischen nationalen Verteidigungsakademie (Schweden) herausgegeben werden. Inhaltlich beruht das Handbuch auf den Erfahrungen und Lehren der Verfasser, die sowohl aus der militärischen wie auch der zivilen Praxis kommen. Das Handbuch wird für die Ausbildung von Mitarbeitern verwendet werden, die mit verschiedenen Arten von DD&R-Prozessen zu tun haben.

II. Überblick über die DD&R-Prozesse

1. Definitionen und Funktionen

Entwaffnung ist ein Prozess zur Sammlung, Kontrolle und Beseitigung von Waffen im Rahmen des Friedensprozesses nach einem Konflikt. Die Entwaffnung kann die sichere Lagerung von Waffen und die potenzielle Zerstörung umfassen. Entwaffnung ist als eine vertrauensbildende Maßnahme wichtig zur Erhöhung der Stabilität in einem angespannten, unsicheren Umfeld, in dem die handelnden Personen und die Bevölkerung im Allgemeinen möglicherweise ängstlich und verunsichert sind. Die Entwaffnung wirkt sich auch wesentlich auf eine gesunde soziale und wirtschaftliche Entwicklung aus, da sie am wenigsten menschliche und wirtschaftliche Ressourcen für SALW bindet. Daher ist bei der Planung des Entwaffnungsprozesses der psychologische Zustand der Beteiligten zu berücksichtigen, und es sollten Vorkehrungen für stehende Streitkräfte, Guerillagruppen, paramilitärische oder Milizkräfte und Zivilisten getroffen werden. Gleichzeitig hängt der Erfolg von Entwaffnung und Demobilisierung von einem sicheren und stabilen Umfeld ab. Daher sind Maßnahmen zur Schaffung eines solchen Umfeldes eine wichtige Voraussetzung für ein Programm zur Waffeneinsammlung.

Demobilisierung kann als das Gegenteil der Mobilmachung von Kombattanten zum Einsatz in einer bewaffneten Gruppe betrachtet werden. Im militärischen Sinn wird durch die Demobilisierung ein bewaffneter Truppenteil aufgelöst und die Zahl der Kombattanten in einer bewaffneten Gruppe

abgebaut oder eine neue – reguläre oder irreguläre – Streitkraft gebildet. Zu den technischen Zielsetzungen der Demobilisierung und Entwaffnung gehören im Allgemeinen eine Verbesserung der Qualität und eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Streitkräfte. Die Demobilisierung trägt zum Kostenabbau bei stehenden Streitkräften bei. Sie ermöglicht eine Modernisierung und regelmäßige Bezahlung der verbleibenden Truppen, da geringere Personalausgaben anfallen. Die Demobilisierung bietet auch Gelegenheit zur Umstrukturierung der Streitkräfte, um diese schlagkräftiger zu machen.

Je nach den Verhältnissen gibt es unterschiedliche Beweggründe für eine Demobilisierung, und daher sind unterschiedliche Optionen notwendig. In manchen Ländern lässt sich ein stabiler Friede nur dadurch herbeiführen, dass ehemalige Kontrahenten sich die Macht teilen. Die gegnerischen Seiten müssen in ein gemeinsames politisches System eingebunden werden. Den Streitkräften bzw. Befreiungskräften müssen neue Aufgaben zugewiesen werden. Daher ergibt sich die Demobilisierung üblicherweise aus einer politischen Notwendigkeit.

Die geläufigste Alternative zur Auflösung einer besiegten bewaffneten Gruppe ist die Übernahme von Teilen davon in die siegreichen Streitkräfte. Zu derartigen strategischen Bündnissen kommt es vor allem bei Bürgerkriegen mit einer großen Zahl von Beteiligten. Allerdings werden nach Beendigung des Krieges häufig Forderungen nach einer Reform

und nach dem Abbau einer nunmehr möglicherweise unnötig großen Armee laut.

Die Demobilisierung selbst baut das reale Konfliktpotenzial nicht ab, da sie die eigentlichen Ursachen des Konflikts nicht beseitigt. Diese müssen durch langfristige Strategien abgebaut werden, damit dauerhafter Friede entsteht.

Wiedereingliederung wird als der Prozess definiert, durch den die ehemaligen Kombattanten den Status von Zivilisten und Zugang zu ziviler Arbeit und zivilem Einkommen erhalten. Dies ist im Wesentlichen ein sozialer und wirtschaftlicher Prozess ohne vorgegebenen Zeitrahmen, der hauptsächlich auf lokaler Gemeindeebene stattfindet. Wiedereingliederung ist fester Bestandteil eines größeren Prozesses, der den Wiederaufbau und die Entwicklung der Gesellschaft nach einem Konflikt umfasst, und kann Hilfe von außen benötigen, obwohl sie unter nationale Verantwortung fällt.

Zur vollständigen Auflösung einer oder mehrerer bewaffneter Truppen kommt es im Allgemeinen dann, wenn eine neue Regierung oder ein regional vorherrschendes Regime in der Lage ist, die politische Legitimität dieser bewaffneten Gruppen in Frage zu stellen. Hintergrund für die komplette Entlassung der Streitkräfte ist im Allgemeinen eine militärische Niederlage oder zumindest eine militärische Patt-Stellung, die die kriegsführenden Parteien an den Verhandlungstisch zwingt. Dies gilt insbesondere für Kriege innerhalb eines Staates, bei denen keine der kämpfenden Parteien das Land verlässt. Gerade in diesen Fällen ist die Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattanten aller kriegsführenden Parteien uner-

lässliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden.

Wiedereingliederungsinitiativen sind langfristige Prozesse. Wichtige Komponenten sind auf nationaler Ebene die Erstellung einer nationalen Politik, auf regionaler Ebene die Unterstützung regionaler Durchführungsorgane und auf lokaler Ebene Soforthilfe, Transport in ausgewählte Siedlungsgebiete, Abfertigungszahlungen, Pauschallösungen für die Wiederansiedlung, Wiederaufbauprojekte und Berufsbildungskurse.

2. Wesentliche Stufen der DD&R-Programme

Die maßgeblichen Schritte für DD&R sind:

- (a) Planung,
- (b) Zusammenfassung in Lagern,
- (c) Registrierung,
- (d) Entwaffnung,
- (e) Anleitung vor der Entlassung,
- (f) endgültige Entlassung der ehemaligen Kombattanten.

Die zeitliche Abfolge der Demobilisierung und die Bedeutung der einzelnen Elemente hängen in erster Linie von der politischen Lage vor Beginn der Demobilisierung ab. Folgende Faktoren könnten sich unter anderem darauf auswirken: die eigentlichen Ursachen und die Art des Konflikts, das politische System, die Zusammensetzung der kriegsführenden Parteien und die Menge und Art der Waffen in Händen der kriegsführenden Parteien.

3. Wann beginnt DD&R?

DD&R ist eine wesentliche vertrauensbildende Maßnahme und gehört daher zu einem fortlaufenden Friedensprozess. Zur Schaffung der grundlegenden Bedingungen für die Aufnahme der DD&R-Planung sind Friedensverhandlungen unabdingbar. Diese Verhandlungen sind unerlässlich als Wegbereiter für friedliche Konflikt- und Streitbeilegungsmechanismen und sollten Teil des geplanten Regierungssystems sein, das menschliche Sicherheit durch gute Regierungsführung gewährleisten und daher dauerhaften Frieden und

eine nachhaltige Entwicklung begünstigen muss. Damit aber Friedensverhandlungen und der Friedensprozess vorankommen, kann es wichtig sein, mit der Durchführung von DD&R-Programmen bereits zu beginnen, so lange die Verhandlungen noch im Gange sind. Verhandlungen über den Frieden und die Voraussetzungen für DD&R sind keine getrennten und einander ausschließenden Maßnahmen. Sie können parallel laufen und überschneiden sich zeitlich, wobei sie sich gegenseitig bei der Vertrauensbildung unterstützen.

III. SALW im DD&R-Kontext

Es ist wichtig, SALW im Zusammenhang mit DD&R-Prozessen zu sehen. Da bei allen bewaffneten Konflikten Waffen eine Rolle spielen, sind sie ein Hauptanliegen in allen Übergangsphasen zu einer friedlichen Entwicklung. Am Ende eines Krieges und insbesondere eines Bürgerkriegs ist die Zahl der in Umlauf oder in Händen ehemaliger Kombattanten und der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen sehr groß. Die Gefahr besteht, dass die Waffen nicht nur benutzt werden, um den Konflikt wieder zu schüren, sondern auch für kriminelle Zwecke und für illegale Einkünfte. Daher ist es besonders wichtig, sich schon in einer frühen Phase mit diesen Risiken auseinander zu setzen. Dies geschieht bei DD&R-Prozessen in der „Erstphase“ – der Entwaffnungsphase. Eine weitere Entwaffnung kann auch zu einem späteren Zeitpunkt des Prozesses durch zivile Waffeneinsammelungsprogramme erfolgen.

1. Zielsetzung

Die unmittelbare Zielsetzung der Entwaffnung ist die Verringerung der Anzahl der in einem Land in Umlauf befindlichen Waffen und dadurch die Minderung des Risikos eines erneuten Konflikts. Die Entwaffnung sowie andere SALW-Kontrollmaßnahmen können auch dazu beitragen, die Sicherheit der Menschen in Gesellschaften in Nachkonfliktphasen zu fördern. Sie können das Gewaltniveau, das mit Kriminalität und anhaltenden Spannungen zwischen ehemaligen Kriegsparteien verbunden ist, reduzieren. Als weitreichende vertrauensbildende Maßnahmen können sie in der Gesellschaft zu einem Gefühl von Stabilität und Sicherheit beitragen und helfen, die Bevölkerung zu überzeugen, dass noch anstehende Probleme in Zukunft mit friedlichen Mitteln gelöst werden müssen. Diese Stabilität und Sicherheit schafft

schließlich die für Frieden und Sicherheit angestrebten Voraussetzungen.

2. Zielgruppen

Entwaffnungsmaßnahmen müssen fokussiert und auf konkrete Zielgruppen ausgerichtet sein. Was für eine reguläre Armee passt, könnte für Guerillatruppen ungeeignet sein. Bei internen Konflikten, in denen irreguläre Kräfte entweder im Verein mit konventionellen Streitkräften oder gegen diese gekämpft haben, sollten Entwaffnungsprogramme auch Zivilisten als Zielgruppe einbeziehen, die nicht zu einer bewaffneten Gruppe gehören, sich jedoch zum Zwecke der Selbstverteidigung mit SALW ausgerüstet haben.

3. Entwaffnungsprozess

Zur Entwaffnung gehören folgende Schritte:

- (a) Erfassung aller Waffen,
- (b) Einsammlung der Waffen,
- (c) Lagerung der Waffen,
- (d) Vernichtung der Waffen,
- (e) erneute Ausgabe und Verwendung der Waffen.

3.1. Erfassung aller Waffen

Damit zentrale Planungsfragen beantwortet werden können, müssen alle Waffen möglichst rasch erfasst werden. Folgende Fragen sind zu beantworten:

- Wie viele Waffen gibt es ungefähr?
- Welche Arten von Waffen sollten abgegeben werden und welche Vernichtungsprozesse sollten zur Anwendung kommen *[siehe Praxisleitfaden zur Vernichtung]*?

- Welcher Personenkreis wird voraussichtlich Waffen abgeben, und wie stellt man fest, ob alle Waffen eingezogen wurden?
- Wer hat Kontrolle über die Waffen, die sich nicht bei den Streitkräften befinden (paramilitärische Kräfte und internationale Sicherheitskräfte, Polizei, Sonderpolizei, Gendarmerie usw.)?
- Gibt es Gruppen bewaffneter Personen oder Krimineller, die weiterhin eine Sicherheitsbedrohung darstellen?
- Wo befinden sich die bewaffneten Gruppen und Lager mit schweren Waffen, und was geschieht mit diesen Lagern?
- In manchen Fällen ist eine Bestandsaufnahme der Waffen Teil der Friedensverhandlungen.

3.2. Einsammlung der Waffen

Es sollten Sammelstellen eingerichtet werden – entweder an Sammelpunkten oder in eigenen Abgabezentren –, an denen die Waffen übernommen werden. Normalerweise stehen diese Abgabezentren unter der Leitung internationaler Militärbeobachter, wenn die Vereinten Nationen oder andere Vertreter der internationalen Gemeinschaft den Friedensprozess überwachen.

Bei der Abgabe der Waffen durch die Kombattanten könnte folgendes Verfahren zur Anwendung kommen: alle Waffen könnten registriert und alle einschlägigen Informationen (Seriennummer, Waffentyp) aufgezeichnet werden. Darüber hinaus sollte das Personal in den Abgabezentren auch Angaben zu Name, Truppenteil und militärischer Kennung oder gleichwertige Daten des ehemaligen Kombattanten festhalten sowie den Ort, an dem die Waffe abgegeben wurde.

3.3. Lagerung der Waffen

Können die abgegebenen Waffen, etwa in Ermangelung der erforderlichen Ausrüstung, nicht vernichtet werden, so kann eine zumindest zeitweilige Lagerung erforderlich sein.

Möglicherweise wurde noch keine Entscheidung über die Vernichtung der Waffen getroffen, da die betroffenen Parteien einander nicht vertrauen. Die Waffen können an die örtliche Militär- oder Zivilpolizei zur Konversion beziehungsweise erneuten Ausgabe und Verwendung weitergeleitet werden. Bei der Lagerung von Waffen ist es wichtig, gewisse Überlegungen zu berücksichtigen, unter anderem hinsichtlich der Dauer und der Bedingungen der Lagerung und vor allem der physischen Sicherung von Lagern *[siehe Praxisleitfaden über Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen]*. Sicherheit steht bei den Überlegungen betreffend Lagerung von Munition und Sprengstoffen an erster Stelle.

Es gibt verschiedene Gründe, Waffen nach der Einsammlung zu lagern, anstatt sie zu vernichten. Zwei-Schlüssel-Verfahren können eine Übergangslösung zwischen dem Niederlegen der Waffen und dem völligen Verzicht auf Zugang dazu sein. Im Zuge solcher Zwei-Schlüssel-Verfahren werden die Lagereinrichtungen versperrt und bewacht. Anfangs kann es Mitgliedern der zu entwaffnenden Truppen gestattet sein, ihre Waffen zur Bewachung der Behältnisse zu behalten. Sowohl die internationalen Beobachter als auch die örtlichen Kommandanten der Kriegsparteien erhalten einen Schlüssel zum Lager. Die Planung sollte flexibel sein und immer eine Liste von Maßnahmen für Zwischenfälle vorsehen, damit das Vertrauen in den Prozess erhalten bleibt.

3.4. Vernichtung der Waffen

Bei der Vernichtung von SALW sind viele Faktoren zu berücksichtigen, darunter Sicherheit, Kosten, Wirksamkeit und die Verifizierung der Vernichtung. Die zur Vernichtung von SALW eingesetzten Methoden decken eine große Bandbreite von Möglichkeiten ab, die vom einfachen Unbrauchbarmachen der Waffe bis zu ihrer vollständigen Vernichtung reichen *[siehe Praxisleitfaden zur Vernichtung]*.

Die Vernichtung der Waffen ist nicht nur eine praktische und effiziente Methode zur Entwaffnung sondern auch – wenn sie öffentlich erfolgt – ein symbolischer Akt, der dazu beitragen kann, die Einstellung der Zivilbevölkerung zu ändern (wie etwa eine öffentliche Waffenverbrennung oder „Friedensflammen“). Diese symbolischen Handlungen sollten jedoch mit langfristigen Initiativen und Programmen einhergehen.

3.5. Erneute Ausgabe und Verwendung der Waffen

Eine neuerliche Ausgabe und Verwendung von Waffen kann im Friedenaufbau nach einem Konflikt ein sensibler Punkt sein. Wird auf die Vernichtung der Waffen verzichtet, bleiben sie natürlich nach wie vor verfügbar für den Einsatz in etwaigen künftigen Konflikten. Um Komplikationen zu vermeiden, wie etwa das Versickern abgegebener Waffen oder lange Lagerzeiten, ist die Erstellung eines Zeitplans für die neuerliche Ausgabe notwendig. Die Konzentration und Verteilung von SALW muss überwacht werden, um die Transparenz des Prozesses sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass ehemalige Kombattanten nicht versehentlich erneut bewaffnet werden. Es ist von größtem

Interesse, den Prozess von einem neutralen Dritten durchführen und überwachen zu lassen, um eine geordnete Neuausgabe und ständige Überwachung nach Abschluss des Prozesses zu gewährleisten.

3.6. Abzug der Waffen aus der Zivilgesellschaft

Die Einsammlung der Waffen von Zivilisten ist häufig ein sehr schwieriger Prozess. Man sollte nicht vergessen, dass es zahlreiche gute Gründe gibt, weshalb Zivilisten Waffen besitzen wollen. Nicht alle davon lassen sich beseitigen. Für Zivilisten sind Waffen häufig ein Statussymbol und ein Ausdruck der Gruppenzugehörigkeit. Alle diese Aspekte zusammen machen es schwierig, eine Gesellschaft zur Abgabe von SALW zu bewegen. Es müssen beträchtliche Anreize in Form von Geld, Entwicklungs- beziehungsweise Wiederaufbauprogrammen und vertrauensbildenden Maßnahmen geschaffen werden, um in diesen Gebieten einen wirkungsvollen Ersatz für Waffen anzubieten.

Trotz alledem hat der Waffenbesitz in vielen Regionen eine kulturelle beziehungsweise eine politische Bedeutung und kann nicht unterbunden werden. Es muss eine umfassende Langzeitstrategie entwickelt werden, um die Menge der Zivilisten zugänglichen Waffen proportional zur Verbesserung der Sicherheitslage in dem Land oder der Region zu verringern, bevor ein taktischer Plan erstellt oder durchgeführt wird. Die Gesamtstrategie sollte auf Anliegen betreffend die Reform des Sicherheitsbereichs, verantwortungsvolles Regieren sowie geschlechtsspezifische Rollenbilder eingehen. All diese Elemente müssen auf die Schaffung nachhaltiger Sicherheit und damit eines Umfeldes abzielen, in dem sich die Menschen sicher fühlen.

Alle Bereiche einer Gesellschaft, einschließlich nationaler und lokaler Körperschaften, der Polizei, der Streitkräfte und der Zivilgesellschaft, sollten in die Entwicklung und Durchführung der Strategie eingebunden werden. Die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft kann auch als Unterstützung und Hilfe oder als Garant für den Prozess erstrebenswert sein. Die folgenden Faktoren sind für die Beurteilung der Situation wichtig:

a) Die politische Lage und die

Sicherheitslage im Land: Ist es notwendig, dass Bürger zum Zwecke des Selbstschutzes und der persönlichen Sicherheit ihre Waffen behalten? Ist die Kriminalitätsrate hoch und ist die Kriminalität für die Bevölkerung insgesamt ein Anlass zur Sorge? Sind die örtlichen Polizei- oder Sicherheitskräfte nicht in der Lage, mit dem Problem zu Rande zu kommen, oder sind sie selbst sogar Teil des Problems? Eine Entwaffnung kann erst dann als positives und sinnvolles Unterfangen ins Auge gefasst werden, wenn diese Fragen beantwortet sind.

b) Waffenkultur: Welche Kultur in Bezug auf Waffen herrscht in dem Land oder in der Region? Auf welche Art von Waffen zielt das Waffeneinsammelungsprogramm ab?

c) Die Einstellung der Öffentlichkeit zu diesen Fragen: Empfindet die örtliche Bevölkerung den stark verbreiteten Waffenbesitz als Bedrohung ihrer Sicherheit, und worin kommt dieses Gefühl fehlender Sicherheit zum Ausdruck? Es ist besonders wichtig, dieses Problem mit den Augen der örtlichen Bevölkerung und nicht der internationalen Gemeinschaft zu sehen und es aus dieser Sicht zu formulieren. Die Erwartung, dass ein Dritter,

wie zum Beispiel eine friedenserhaltende Mission, die zur Entwaffnung notwendigen langfristigen Sicherheitsbedingungen gewährleisten wird, ist unrealistisch und umgeht das eigentliche Problem. Die Regierung muss möglichst bald die Verantwortung für echte und nachhaltige Sicherheit für die gesamte Bevölkerung übernehmen.

d) Die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes: Ungeachtet der Bedeutung der lokalen Steuerung des Prozesses ist ein breiter und umfassender Ansatz notwendig, um die Voraussetzungen für eine sinnvolle Entwaffnung zu schaffen. Die internationale Gemeinschaft muss diese Einsätze ganzheitlich planen und Entwaffnung und Sicherheit als Funktionen des Friedensprozesses insgesamt behandeln und nicht als unabhängige Einzelmaßnahmen. Internationale Hilfe in Form von Ressourcen und Unterstützung für die Reform des Sicherheitsbereichs, wie etwa Unterstützung für die Ausbildung einer nationalen Polizei, ist ein Beispiel für langfristige und nachhaltige Hilfe, die mehr Sicherheit und erhöhte Stabilität bewirkt und die Bevölkerung auf die Entwaffnung vorbereitet.

Bei der Durchführung ziviler Entwaffnungsprojekte sollten bestimmte Gebiete, in denen offensichtlich Waffen oder bewaffnete Personen konzentriert sind, als Zielgebiete für die Entwaffnung festgelegt werden. In manchen Gebieten können konzertierte Aktionen zur Einsammlung und Vernichtung von Waffen, eventuell in Verbindung mit Rückkaufprogrammen oder Initiativen zur Gemeindeentwicklung, notwendig sein. Häufig hängt die mangelnde Bereitschaft zur Entwaffnung mit einer Schusswaffenkultur zusam-

men, die sich kurzfristig schwer verändern lässt. Örtliche Führungspersonlichkeiten spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Bevölkerung in einem solchen Gebiet zur Abgabe der Waffen zu bewegen.

Nachdem ein Strategieplan beschlossen und die Bedingungen für die Entwaffnung festgelegt wurden, sollten die im Folgenden angeführten Punkte als Hilfestellung für die Ausarbeitung des Ablaufs der Waffeneinsammlung berücksichtigt werden.

3.7. Freiwillige Waffenabgabe

Das Einsammeln der Waffen bei der Zivilbevölkerung kann in Form einer freiwilligen Abgabe oder zwangsweisen Einsammlung durch Militär, zivile Polizei oder andere Stellen erfolgen. Die bevorzugte Methode ist eine freiwillige Abgabe. Das zwangsweise Einsammeln der Waffen ist schwer durchzusetzen und häufig für alle Beteiligten gefährlich.

Die Waffeneinsammlung kann durch verschiedene Aktivitäten unterstützt werden. Informationskampagnen helfen, das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen zu gewinnen, und verstärken die Beziehungen und Kontakte zur Bevölkerung. Für eine erfolgreiche Entwaffnung ist ein partizipatorisches Verfahren unerlässlich, bei dem alle Seiten in die strategische Planung und in die Durchführung eingebunden werden. Die Einrichtung nationaler Kommissionen, die die Zivilgesellschaft einbeziehen, kann diesbezüglich hilfreich sein.

3.8. Anreizprogramme

Programme, die Anreize bieten, sind ein nützliches Hilfsmittel insbesondere in einer weniger

wohlhabenden Gesellschaft, die dringend harte Währung braucht. Der Tausch von Waffen gegen Lebensmittel oder Bargeld kann allerdings den Wert der Waffen in die Höhe treiben, kaum dass dieser gesunken ist, und dadurch noch mehr Waffen in die Region strömen lassen. Es besteht auch die Gefahr, dadurch den Eindruck hervorzurufen, dass jene, die durch illegalen Waffenbesitz das Gesetz missachten, von den Behörden eigentlich belohnt werden. Als Alternative dazu bietet der Ansatz „Waffen für Entwicklung“ nicht nur für diejenigen einen Anreiz, die Waffen abgeben, sondern verlagert den Schwerpunkt auch auf den Entwicklungsbedarf der Gemeinschaft, wodurch der soziale Zusammenhalt gefördert werden kann.

Im Gefolge von Anreizprogrammen oder Amnestien sollten die Gesetze in Bezug auf Waffenbesitz und Waffenhandel strikt vollzogen werden. Dem sollte allerdings eine gut organisierte Kampagne vorausgehen, in deren Verlauf auch eine konkrete Frist angekündigt wird. Wenn die Bevölkerung informiert ist und das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden von den Menschen vor Ort als ausreichend vertrauenswürdig empfunden wird, kann diese Kombination die Erfolgsaussichten erhöhen.

3.9. Registrierung der Waffen

Die Registrierung der Waffen kann eine Alternative oder Ergänzung zu Waffeneinsammlungsprogrammen bieten. Im Anschluss an die detaillierte Ausarbeitung und Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen über Waffenbesitz können die nunmehr rechtmäßig geführten Waffen registriert werden. Das eröffnet den Menschen die Möglichkeit, einen Teil ihrer Waffen zu behalten und sich dadurch sicherer zu

fühlen. Darüber hinaus erhalten friedenserhaltende Truppen Schätzwerte über die Anzahl der in einem bestimmten Gebiet vorhandenen Waffen. Das ist besonders im Hinblick auf künftige Entwaffnungsaktionen als Erfolgsmaßstab nützlich, wenn man die Anzahl der eingesammelten Waffen mit den Aufzeichnungen vergleicht.

Der Registrierungsprozess sollte von internationalen und zivilen Stellen gemeinsam durchgeführt oder von der örtlichen Polizei durchgeführt und von internationalen Truppen überwacht werden. Das ermöglicht Transparenz durch Überwachung, hilft zu vermeiden, dass internationale Truppen zum neuen Feindbild werden, und verstärkt die Legitimität örtlicher Truppen. Dafür notwendig ist die Sammlung korrekter Informationen und Personal in ausreichender Zahl. Gleichzeitig sind dafür nicht viel Ausrüstung, Lagerraum oder Hochsicherheitsmaßnahmen erforderlich. Allerdings kann es vorkommen, dass die örtliche Bevölkerung nicht zur Offenlegung bereit ist, aus Angst, die Aufzeichnungen könnten später zur Beschlagnahme der Waffen oder zur Bestrafung der bekannten Besitzer von Waffen verwendet werden. Die örtlichen Behörden beziehungsweise internationalen Truppen sollten eine schriftliche Zusicherung geben, dass die Aufzeichnungen für keine anderen Zwecke verwendet werden. Häufig werden Anreize geboten, um zur Registrierung zu ermutigen; sie reichen von positiven Anreizen wie Lebensmittel und Geld bis zu negativen, wie harte Gesetze und zwangsweise Beschlagnahme von Waffen.

IV. Ausbildung für DD&R

Auf dem Gebiet von DD&R gibt es entschieden mehr Raum für Ausbildung und Forschung. Jeder, der sich auf eine humanitäre oder militärische Mission begibt, braucht eine maßgeschneiderte Ausbildung. Wenn diese Mitarbeiter zur Arbeit in einem Missionsbereich mit einem konkreten DD&R-Mandat zugeteilt werden, müssen sie gleichermaßen die Merkmale, das Ziel und den angestrebten Endzustand des Prozesses kennen. Die Entwaffnungs- und Demobilisierungsphasen können relativ kurz sein, die Wiedereingliederungsphase hingegen kann sich über mehrere Jahre erstrecken und schließlich zu einem umfassenden Wiederaufbau der gesamten Gesellschaft führen. Um nicht den Gesamtprozess aus den Augen zu verlieren, ist es sehr wichtig, zu jeder Phase theoretische und praktische Ausbildung zu erteilen. Der Planung und Koordinierung dieser Abläufe sollte besondere Aufmerksamkeit zukommen.

Die Ausbildung sollte international sein und einem aus Vertretern von Militär, ziviler Polizei, Diplomaten und Mitarbeitern humanitärer Hilfsdienste zusammengesetzten Teilnehmerkreis erteilt werden. Alle diese Funktionen gehören heute zu multinationalen und multifunktionalen Missionen. Zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses für die Arbeit der anderen sowie einer Berufskultur lohnt es sich, mit dem Ausbildungsprozess möglichst zeitig zu beginnen.

V. Evaluierung

Zur teilweisen oder vollständigen Evaluierung von DD&R-Programmen gibt es verschiedene Methoden und Maßstäbe. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen nehmen oft an diesen Programmen teil und besitzen Arbeitseinheiten, die sich mit „Best practices“ beschäftigen und Erfahrungen mit friedenserhaltenden Missionen auswerten. Die Weltbank unterstützt regelmäßig Programme zur Demobilisierung und Wiedereingliederung (nicht jedoch Entwaffnung) und verfügt ebenfalls über einen ausgedehnten Evaluierungsapparat. Die von Kanada, Schweden, Norwegen und Deutschland veröffentlichte DD&R-Sammlung (die Vorbild für diesen Leitfaden war) ist ein Beispiel für die Sammlung von Erfahrungen mit verschiedenen DD&R-Programmen der Vergangenheit und Gegenwart und dient als Handbuch für die Planung künftiger Programme.

Der „Logical Framework Approach“ verdient ebenfalls Erwähnung als bekannter Ansatz zur Programm- oder Projektplanung und für laufende Kontrollen und die Evaluierung insbesondere in Bezug auf humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe.

Dennoch kann argumentiert werden, dass Evaluierungsverfahren für vollständige DD&R-Prozesse noch weiter entwickelt und verfeinert werden müssen, damit sie als Modell für „Best practices“ herangezogen werden können und vergleichende Analysen ermöglichen.

VI. Schlussfolgerungen

Da Waffen bei allen bewaffneten Konflikten eine Rolle spielen, sind sie ein Hauptanliegen im Übergang zu einer friedlichen Entwicklung. In diesem Zusammenhang lassen sich eine Reihe zentraler Prinzipien festmachen. Voraussetzung für Stabilität in einem Umfeld nach einem Konflikt sind ganz eindeutig Sicherheit und eine wirksame Kontrolle von Kleinwaffen. Bedeutsam für die Waffenkontrolle ist die Betonung des Zusammenhangs von Konfliktlösung, Demobilisierung, Entwaffnung und Entwicklung. Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten stellen eine Herausforderung an Regierungen, Friedenssicherung, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und NGOs dar. Die erfolgreiche Eingliederung ehemaliger Kombattanten in ein ziviles Lebensumfeld legt den Grundstein für dauerhaften Frieden und Entmilitarisierung. Daher ist die Entwicklung eines speziellen Instrumentariums wichtig, das auf die konkreten und individuellen Bedürfnisse der demobilisierten Kombattanten ausgerichtet ist. Im Mittelpunkt sollte zuerst der Einzelne stehen, gefolgt von einem gemeinschaftsorientierten Ansatz, der die einzelnen ehemaligen Kombattanten zu Mitgliedern der Gesellschaft macht und ihnen ein Zugehörigkeits- und Verantwortungsgefühl vermittelt, je weiter das Reintegrationsprogramm voranschreitet.

Dieser Praxisleitfaden geht darauf ein, wie wichtig die Koordination von Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung im Blickfeld von SALW ist. Es gibt keine allgemeine Formel, die für alle DD&R-Prozesse und alle SALW-Kontrollprogramme herangezogen werden kann. Jeder DD&R-Prozess muss einzeln entwickelt werden und die gegebenen Verhältnisse berücksichtigen. Dieser Leitfaden ist jedoch ein Versuch, die wesentlichen Schritte darzustellen, die bedacht werden müssen, um die Entwaffnung ehemaliger Kombattanten umfassend in Angriff zu nehmen. Diese sind selbstverständlich an die konkrete Situation anzupassen.